

mentium«) und Kalkstein, der von der Obermosel herangeschafft werden musste. Aquäduktbrücken führten die Ruwerleitung über Täler hinweg.

Exakte statische Berechnungen machten den Römern allerdings Mühe. »Die daraus resultierende Überdimensionierung der Bauten in Material und Maßen«, schreibt der Archäologe Klaus Grewe, »ist ein wesentlicher Grund für das Überdauern manches dieser Bauwerke bis in unsere Zeit.«

Doch von der Ruwerleitung, dem steinernen Beleg einer hocheffizienten Wasserversorgung auf deutschem Boden vor 2000 Jahren, ist nicht mehr viel übrig. Plünderer machten sich im Mittelalter über das Bauwerk ebenso her wie über die innerstädtische Kanalisation, um das Material in Kirchen, Klöstern und Burgen erneut zu verbauen.

Gleichwohl haben Forscher wie Tanz inzwischen ergründet, wie raffiniert die römischen Wasserpipelines konstruiert waren. Über Schächte konnten Arbeiter in die Leitungen kriechen, um mögliche Verstopfungen aufzulösen. In Auffangbecken sammelte sich Schlick und Unrat.

Mehr Filterung war nicht erforderlich. Experimente zeigten, dass das Material der Leitungen zudem erstaunlich widerstandsfähig war und einem Wasserdruck von bis 350 Kilogramm pro Quadratzentimeter standhalten konnte.

Allerdings war schon im ersten Jahrhundert vor Christus bekannt, dass Bleirohre womöglich die Gesundheit gefährden. Baumeister Vitruv warnte, die Dämpfe des geschmolzenen Bleis entzögen dem Körper »die wertvollen Eigenschaften des Bluts«. Der Praktiker riet zu Tonröhren, aus denen das Wasser zudem besser schmecke.

»Es gibt Vorstellungen von kahlköpfigen und bleichen Römern«, sagt Tanz. Für Trier sei eine weitreichende Bleivergiftung der Bevölkerung aber nahezu auszuschließen, meint der Archäologe. Denn ob in den Rohren Blei vom Wasser aufgenommen werde, hänge auch von dessen Verweilzeit ab. Wegen des ständigen Durchflusses in den römischen Zuleitungen habe sich vermutlich aber gar kein Blei lösen können.

Mit dem Niedergang des Römischen Reichs im fünften Jahrhundert vollzog sich in der Residenzstadt Trier ein schleichender Zivilisationsbruch. Die Einwohnerzahl schrumpfte dramatisch, Badhäuser wurden aufgegeben, die Ruwerleitung verfiel. Die Bevölkerung kehrte zum Plumpsklo zurück.

Erst Anfang des 20. Jahrhunderts bekam Trier wieder eine moderne Kanalisation. Heutzutage bezieht die Stadt ihr Trinkwasser teilweise aus dem gleichen Einzugsgebiet wie in der Antike, die Probleme bei der Wasserführung und Verteilung ähneln sich. Wenn Archäologe Tanz sich mit Experten der Stadt Trier austauscht und dort seine Forschungsergebnisse vorstellt, lautet die Reaktion meist: »Ach, das kommt uns aber bekannt vor!« Frank Thadeusz

»Rauschmittel gehören zur Gesellschaft dazu«

SUCHT Der neue Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert, 55 (SPD), über die Legalisierung von Cannabis und die Schere im Kopf bei der Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen

SPIEGEL: Herr Blienert, Sie sind Deutschlands erster legalisierungswilliger Bundesdrogenbeauftragter. Machen Sie aus der »Keine Macht den Drogen«-Gesellschaft jetzt ein liberales Kifferparadies?

Blienert: Nein, das wollen wir nicht. Die Ampelparteien haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Cannabis künftig an Erwachsene in lizenzierten Fachgeschäften kontrolliert abgegeben werden kann. Wir tun das, weil wir im Rahmen einer fortschrittlichen Drogenpolitik den Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten und den Jugendschutz in den Mittelpunkt stellen wollen.

SPIEGEL: Ist die Freigabe eine Kapitulation des Rechtsstaats vor den knapp vier Millionen erwachsenen Cannabiskonsumenten in Deutschland, die machen, was sie wollen?

Blienert: Genuss- und Rauschmittel gehören zur Gesellschaft dazu. Diese Realität müssen wir zur Kenntnis nehmen. Der Staat hat aber auch dafür Sorge zu tragen, die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Mit dem geplanten Gesetz kann der Staat die Kontrolle über das Produkt Cannabis zurückergangen und gleichzeitig die Schwarzmarktkriminalität zurückdrängen.

SPIEGEL: Wenn nicht mehr das Strafrecht das Herzstück der Drogenpolitik sein soll, wie wollen Sie die Menschen dann zu einem gesünderen Konsumverhalten ermuntern?

Blienert: Das ist ja der Paradigmenwechsel, den wir vorhaben. Wir wollen die Gesundheitskompetenz stärker in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen in Zukunft die vorhandenen Präventionsangebote auch flächendeckend umsetzen und wo nötig neue Konzepte einführen. Wir müssen uns um die Frage kümmern: Wie können wir insbesondere Jugendliche stark machen im Umgang mit den Genussmitteln, denen sie ausgesetzt sind?

SPIEGEL: Alle Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger haben das in etwa auch so gesagt – nur dass sie zu dem Ergebnis kamen, Cannabis müsse deswegen verboten bleiben.

Blienert: Wir können an der Statistik sehr klar ablesen, dass die bisherige Cannabispolitik ein Misserfolg war. In Deutschland wird trotz des Verbots viel konsumiert, mehr als noch vor Jahren, und der Wirkstoffgehalt im Cannabis steigt. Die Konzentration auf das Straf-

recht hat nicht geholfen. Mit der Abgabe an Erwachsene können wir immerhin sicherstellen, dass diese Nutzer ein kontrolliertes, sicheres Produkt bekommen, das nicht gestreckt oder verunreinigt ist.

SPIEGEL: Die Legalisierung läuft also vor allem auf mehr staatliche Eingriffe hinaus, etwa um den Zugang zur Droge zu regulieren, ihre Qualität und Wirkpotenz?

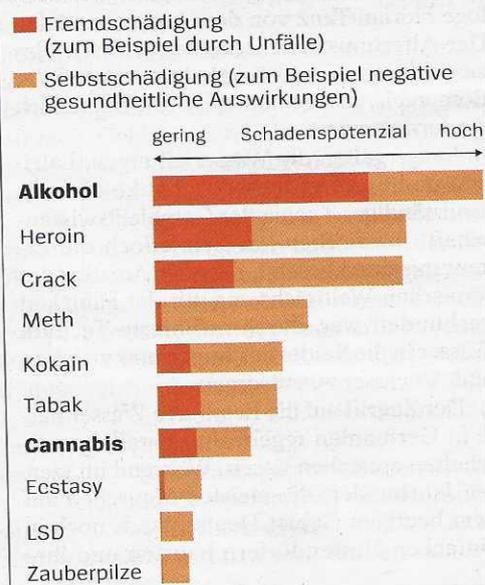
Blienert: Ja, Staat und Gesellschaft gewinnen Kontrolle, erwachsene Bürgerinnen und Bürger gewinnen mehr Schutz und Sicherheit, falls sie Cannabis konsumieren wollen. Und für Jugendliche dürfte die Verfügbarkeit von Cannabis sinken, weil der Schwarzmarkt geschwächt wird.

SPIEGEL: Werden Sie sich am Modell Kanada orientieren, wo Cannabis schon seit 2018 für den Freizeitkonsum legal ist?

Blienert: Verschiedene Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die werden wir uns genau angucken. Wir wollen eine breite Debatte führen in Deutschland, in die wir die Wissenschaft, die Suchtverbände, die Länder und Kommu-

Gefährlicher Alkohol

Schadenspotenzial ausgewählter Drogen



Quelle: David Nutt et al., »Lancet«

nen, die Gesellschaft und die Öffentlichkeit einbinden werden.

SPIEGEL: Wie sieht Ihr Fahrplan zur Legalisierung aus?

Blienert: Unser Auftrag lautet, dass wir sie in dieser Legislaturperiode zu bewältigen haben. Die Detailfragen sind offen, etwa: Wie viele Verkaufsstellen soll es geben? Soll der Eigenanbau zulässig sein? Wie hoch wird die Steuer auf Cannabisprodukte sein? Wie verfahren wir mit den Menschen, die wegen kleiner Cannabisvergehen verurteilt worden sind?

SPIEGEL: In Kanada hat es den »Green Rush« gegeben, eine explosionsartige wirtschaftliche Entwicklung rund um das Thema Cannabis. Neue Labore zur Qualitätskontrolle sind entstanden, neue Produktionsbetriebe, Zehntausende Jobs. Gehen Sie davon aus, dass Cannabis hier auch so eine wirtschaftliche Dynamik entfaltet?

Blienert: Das sehen wir ja jetzt schon. Wir haben etwa auf Cannabis spezialisierte Anwaltskanzleien und Wirtschaftsunternehmen, die im legalen Bereich des medizinischen Cannabis aktiv sind. Und auch beim illegalen Cannabis gibt es natürlich eine Wertschöpfung, die aber noch komplett im Schwarzmarkt stattfindet. Das wird sich ändern nach der Transformation in einen regulierten Markt. Aber Rendite ist nicht das Entscheidende, das ist allein der Gesundheitsschutz.

SPIEGEL: Der Düsseldorfer Ökonom Justus Haucap hat errechnet, dass die Regulierung dem Staat jährlich an die 4,7 Milliarden Euro einbringen wird, nicht zuletzt wegen der Einsparungen bei Justiz und Polizei, die bislang jährlich rund 190 000 Strafanzeigen gegen Cannabiskonsumenten zu bearbeiten haben. Halten Sie diese Summe für realistisch?

Blienert: Das ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Ich würde diese Studie jetzt eher nicht zur Grundlage meiner Einschätzung machen.

SPIEGEL: Sind Sie eigentlich der Legalisierungsmanager, bei dem alle Fäden zusammenlaufen? Oder haben Sie die Aufgabe, der Öffentlichkeit die Legalisierung zu erklären?

Blienert: Federführend für das Projekt ist das Bundesministerium für Gesundheit, aber viele Ministerien sind zu beteiligen, etwa jene für Landwirtschaft, Finanzen oder Verkehr. Die Rolle des Drogenbeauftragten verstehe ich so: Er soll für eine offene Diskussion sorgen und auch denjenigen eine Stimme verleihen, die bisher häufig nicht zu Wort kamen.

SPIEGEL: Ist die deutsche Gesellschaft überhaupt bereit für so eine Wende im Umgang mit einer Substanz, die



Annie Sakrab / Bloomberg / Getty Images

Arbeiter in Hanfzuchtbetrieb in der kanadischen Provinz Ontario

bisher als »Rauschgift« gilt? In Neuseeland ist 2020 ein Volksentscheid zum Thema sehr knapp gescheitert, obwohl die Regierung vom Verbot abrücken wollte. In Kanada war das Ende der Prohibition zunächst wohl auch nicht mehrheitsfähig.

Blienert: Die Umfragen zeigen uns ein Pro-und-Kontra-Meinungsbild von etwa 50 zu 50. Mal fällt die Waage etwas mehr in diese oder in die andere Richtung. Wir werden sehen, wie sich das Meinungsklima im Zuge der anstehenden Debatten verändert.

SPIEGEL: Welche Droge als legal oder illegal gilt, unterliegt auch Willkür und schlicht Vorurteilen. Alkohol steht hinsichtlich des Gefährdungspotenzials für den Einzelnen und die Gesellschaft nach vielen wissenschaftlichen Studien ganz oben in der Nähe von Heroin. An den Folgen des Tabakkonsums sterben weltweit jedes Jahr mehr als acht Millionen Menschen, die Zahl der Cannabistoten hingegen ist bezogen auf die Zahl der Nutzer sehr gering. Am unteren Ende der Gefahrenskala rangieren LSD oder Ecstasy. Was folgt daraus?

Blienert: Ich befürchte in der Tat, dass wir eine Art Schere im Kopf haben. Unser Umgang mit illegalen Drogen ist ziemlich robust, der mit legalen wie Tabak und Alkohol reichlich verharmlosend. Ganz gleich, was Menschen konsumieren, für mich ist wichtig: Was hilft ihnen in ihrer Situation? Wo kann ich sie stark machen? Wo kann ich sie entstigmatisieren?

SPIEGEL: Bier und Wein sind in Deutschland ab 16 Jahren legal. Dabei gilt bei Alkohol wie bei Cannabis, dass gerade das junge, sich noch entwickelnde Gehirn empfindlich reagiert auf diese Drogen und Schaden

nehmen kann. Halten Sie es für berechtigt, weiterhin 16-Jährigen Alkohol auszuschenken?

Blienert: In Deutschland wird eindeutig zu viel Alkohol getrunken. Wir liegen mit einem Pro-Kopf-Konsum von jährlich mehr als zehn Liter reinem Alkohol in der Spitzengruppe in Europa. Prävention und gerade der Jugendschutz sind beim Alkohol fraglos völlig unzureichend, und auch darum wollen wir uns kümmern.

SPIEGEL: Der US-Bundesstaat Oregon hat 2020 den Konsum aller Drogen, selbst Heroins, für Erwachsene entkriminalisiert. Wer dort mit kleinen Mengen erwischt wird, dem droht keine Strafanzeige, sondern ein Verwarngeld und eine Gesundheitsberatung. Haben Sie das im Blick?

Blienert: Ja, die Erfahrungen anderer Länder mit Entkriminalisierung und Legalisierung bleiben uns nicht verborgen und werden von uns mit Interesse verfolgt und fachlich bewertet.

SPIEGEL: Deutschland wird der bevölkerungsreichste Staat sein, der Cannabis für den Freizeitkonsum legalisiert – nach Uruguay, Kanada, Südafrika, Malta und 18 US-Bundesstaaten. Sehen Sie Deutschland in einer Vorreiterrolle?

Blienert: Zumindest glaube ich, dass wir uns vor der Welt nicht verstecken sollten. Auch international sollten wir erklären, warum wir jetzt einen Paradigmenwechsel vollziehen.

SPIEGEL: Könnte Deutschland wegen zu viel Gründlichkeit und Überregulierung daran noch scheitern?

Blienert: Ich denke, in zehn Jahren werden wir uns wundern, wie nervös und hektisch wir das Thema Cannabis ehemals angegangen sind.

Interview: Marco Evers

»Entscheidend für uns ist allein der Gesundheitsschutz.«



Anika Büsseler / DER SPIEGEL